

# Lehrer wehren sich gegen das neue Volksschulgesetz

MICHÈLE VATERLAUS

**FRAUENFELD.** Künftig gibt es 13 statt nur 12 Wochen Schulferien. Das ist im neuen Gesetz über die Volksschule festgeschrieben, dessen Botschaft der Regierungsrat dem Grossen Rat unterbreitet hat. Der Verband Bildung Thurgau kritisiert das, denn die Lehrer würden mit Mehrarbeit belastet. «Das Ganze ist ein politischer Deal zulasten der Lehrer», sagt Verbandspräsidentin Anne Varenne. Denn insgesamt müssten

Lehrer knapp sechs Tage pro Jahr zusätzlich arbeiten – dies bei einer sowieso schon sehr hohen Belastung.

## Acht Tage zusätzlich

Auf diese Zahl kommt Varenne folgendermassen: Die eine Woche zusätzliche Ferien ist über Weihnachten geplant. Im Schnitt erhalten Lehrer so nur 2,6 unterrichtsfreie Tage zusätzlich pro Jahr. Neu im Gesetz festgeschrieben sind aber auch «maximale acht gemeinsame

Arbeitstage». Zudem dürfen Schulanlässe, die an Samstagen stattfinden, nicht mehr kompensiert werden.

In der Vernehmlassung hatte sich der Verband entsprechend geäussert, doch der Regierungsrat ist nicht darauf eingegangen.

## Blick in die Zukunft

Felix Züst Präsident des Verbandes Thurgauer Schulgemeinden, hat Verständnis für die Anliegen der Lehrer. «Es ist ein herausfordernder Beruf.» Doch von

einer Mehrbelastung will er nichts wissen. «In der Summe haben die Lehrer auch nach der Einführung des neuen Gesetzes genügend Ferien.» Er sieht in den «gemeinsamen Arbeitstagen» eher Vorteile, weil sich Synergien entwickeln könnten. Und er weist daraufhin, dass die Zusammenarbeit unter Lehrern vielerorts optimiert werden könnte. «Dies vor allem, wenn auf bevorstehende Projekte wie die Einführung des Lehrplans 21 geblickt wird.»

► THURGAU 17

Thurgauer Zeitung, 13.5.2015

# Lehrer wollen nicht mehr Ferien

Mit der Änderung des Gesetzes über die Volksschule werden die Lehrer mit Mehrarbeit belastet. Das kritisiert der Verband Bildung Thurgau. Dabei sind künftig 13 statt nur 12 Ferienwochen festgeschrieben.

MICHÈLE VATERLAUS

**FRAUENFELD.** Auf den ersten Blick scheint das Ganze eine tolle Sache für die Lehrer zu sein: Mit der Änderung des Gesetzes über die Volksschule gibt es eine Woche mehr Ferien, das heisst 13 statt 12 Wochen. So steht es in der Botschaft, die der Regierungsrat dem Grossen Rat unterbreitet hat. Doch das sei verzerrt, sagt Anne Varenne, Präsidentin des Verbandes Bildung Thurgau. Sie atmet tief durch und sagt: «Das Ganze ist ein politischer Deal zulasten der Lehrer.» Im Endeffekt sei das nämlich so: «Nur die Schüler erhalten mehr Ferien.»

## Knapp sechs Tage mehr Arbeit

Die Lehrer hingegen würden mit Mehrarbeit belastet. Diese

belaufe sich auf knapp sechs Tage im Jahr. Anne Varenne berechnet das folgendermassen: Über die kommenden zehn Jahre bekommen sie durch die zusätzliche Ferienwoche zu Weihnachten im Schnitt 2,6 Tage mehr unterrichtsfreie Tage im Jahr. Aber im Gesetz sind neu «maximal acht gemeinsame Arbeitstage» für die Lehrer festgeschrieben, und Schulanlässe an Samstagen können nicht mehr kompensiert werden. «Lehrer werden so noch mehr belastet, obwohl das Lehrpersonal der Thurgauer Volksschulen schweizweit fast am meisten Jahreslektionen unterrichtet», sagt Varenne. Acht gemeinsame Arbeitstage seien darum zu viel. Zudem sei es nicht notwendig, dass diese Arbeitstage reglementiert werden. Die Lehrer hätten bewiesen, dass

sie ohne gesetzliche Vorgaben die Aufgaben im Team erfüllen. In der Vernehmlassung letzten Herbst hat sich der Verband entsprechend geäussert. Er wollte die Zahl bei fünf festlegen. Doch darauf ist der Regierungsrat nicht eingegangen (siehe Kasten). Ebenfalls nicht eingegangen ist der Regierungsrat auf die Forderung, die Bezeichnung «Ferienwochen» wegzulassen. «Bisher wurde im Gesetz die Anzahl Unterrichtswochen festgelegt. Das soll so bleiben.» Anne Varenne verweist auf den Ruf von Lehrern als «Ferientechniker». «Viele Leute glauben, wir hätten zwölf Wochen Ferien. Dem ist nicht so.» Wie jeder andere Arbeitnehmer bezögen sie vier bis fünf Wochen Ferien pro Jahr. «Das andere ist unterrichtsfreie Arbeitszeit, in der wir uns weiter-

bilden, Planungen erstellen oder den Unterricht entwickeln.»

## Es gibt eine Umverteilung

Felix Züst, Präsident des Verbandes Thurgauer Schulgemeinden, hat durchaus Verständnis für die Anliegen der Lehrer. «Es ist ein herausfordernder Beruf.» Doch von einer Mehrbelastung will er nichts wissen. «In der Summe haben die Lehrer auch nach der Einführung des neuen Gesetzes genügend Ferien.» Er erklärt zudem, dass er die Arbeitszeit anders betrachtet: «Ich gehe von einer Jahresarbeitszeit aus, und die wird sich nicht verändern. Durch Teile der Gesetzesänderung werden organisatorische Möglichkeiten geschaffen, die Arbeit in den Schulen anders zu gestalten.» Lehrer würden künftig beispielsweise zeitinten-

sive Aufgaben nicht mehr in einem Konvent unter der Woche nach Schulschluss durchführen müssen. Sie können dies an einem unterrichtsfreien Tag tun, wie Züst erklärt. So könnten die Arbeit besser verteilt und auch Schulausfälle, die es doch hin und wieder gebe, vermieden werden. Des weiteren sieht er in den «gemeinsamen Arbeitstagen» ein Synergiepotenzial, das die Lehrer früher oder später entlasten wird. «Es können zum Beispiel Prüfungen oder Fachthemen vorbereitet und ausgetauscht werden.» Sowieso findet er, dass die Zusammenarbeit vielerorts Optimierungspotenzial hat, und er erklärt gleich: «Dies vor allem, wenn auf bevorstehende Projekte wie die Einführung des Lehrplans 21 geblickt wird.»



Bild: pd

**Anne Varenne**  
Präsidentin des Verbandes  
Bildung Thurgau

## Gesetz Vernehmlassung war im vergangenen Herbst

Bis Ende November war die Teilrevision des Gesetzes über die Volksschule in der Vernehmlassung. Am 3. März schliesslich hat der Regierungsrat dem Grossen Rat die Botschaft betreffend der Änderung unterbreitet. Die vorberatende

Kommission des Grossen Rates ist nun für die Beratung verantwortlich. Gemäss ordentlichem Verfahren wird die Kommission danach über die Ergebnisse informieren. Mit Verweis auf das laufende Gesetzgebungsverfahren möchte sich die zuständige

Regierungsrätin Monika Knill nicht zum Thema äussern. Sie sagt, dass der Regierungsrat die geplanten Änderungen zum Gesetz einer breiten Vernehmlassung unterzogen und Kenntnis der Stellungnahme von Bildung Thurgau hat. (mvl)



Bild: Reto Martin

**Felix Züst**  
Präsident des Verbandes  
Thurgauer Schulgemeinden